

Wir steh'n fürs Land.

Forderungen der Landjugend angesichts des demografischen Wandels

Wer A sagt, muss auch B sagen. In Bezug auf den „ländlichen Raum“ heißt das eben nicht nur Postkartenidylle mit wogenden Getreidefeldern, uralten Dörfern und wiederkäuenden Kühen, sondern auch Standort für Energiegewinnung und Nahrungsmittelerzeugung, Wirtschaftsraum für selbstständige Unternehmen, wert- und traditionsbehaftete Heimat, Wohn- und Lebensmittelpunkt – auch für junge Menschen. Wer das sieht, versteht das Engagement des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL). Als Vertreter von rund 100.000 jungen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet engagiert er sich, um Lebens- und Bleibeperspektiven für junge Menschen in ländlichen Räumen zu sichern und weiterzuentwickeln.

Unter uns sind JunglandwirtInnen, JungwinzerInnen und JunggärtnerInnen, aber für die meisten von uns – rund 80 Prozent, zu denen auch ich gehöre - sind die ländlichen Räume einfach „nur“ Heimat. Landjugendliche finden sich in Ortsgruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Das fängt mit Spieleabenden, Landjugendfesten und Arbeitskreisen an und hört bei politischen Veranstaltungen noch lange nicht auf, denn die jungen Leute vor Ort sind es, die sich neue Räume erobern und mit ihren Veranstaltungen das Leben im ländlichen Raum bereichern.

Sie bringen sich aktiv in ihrer Region ein, setzen sich mit BürgermeisterInnen und BehördenvertreterInnen, mit PolitikerInnen oder UnternehmerInnen auseinander. Dabei lernen sie schon früh, Verantwortung zu übernehmen und erleben bei ihrem Engagement unterschiedlichste Reaktionen - Unterstützungswillen und Desinteresse, Begeisterung und Vorurteile. Im eigenen Schul-, Ausbildungs- und Berufsalltag sieht es nicht anders aus. Da sind beispielsweise ArbeitgeberInnen, die das jugendliche Engagement und die dafür notwendige Flexibilität nicht unterstützen, obwohl das im Bewerbungsschreiben noch gut ankam; Verkehrsanbindungen, die sie in ihrer Mobilität einschränken; ein Studienalltag, der bürgerschaftliches Engagement nur bei Hochschulgremien honoriert... oder aber Strukturen, die das Verlassen der Heimat begünstigen, weil es an Arbeits- oder Ausbildungsplätzen fehlt.

Daher hat sich der BDL mit der Situation im ländlichen Raum auseinandergesetzt und dabei unweigerlich die Auswirkungen des demografischen Wandels diskutiert. Aus der inner-verbandlichen Debatte entstand ein Grundsatzpapier, das bei der letzten Bundesmitgliederversammlung verabschiedet wurde und Leitfaden für uns ist. Denn für uns steht fest: Der demografische Wandel lässt sich gestalten! Wie?

Der demografischen Entwicklung darf nicht nur auf Ortsebene begegnet werden. Veränderungen müssen aus der Perspektive der Region - oft über Landkreis- und Ländergrenzen hinweg - angegangen werden, um sinnlose Konkurrenzen zwischen einzelnen Kommunen und Dörfern zu unterbinden. Entsprechende Kooperationen von Kommunen (gerade in Regionen mit schwierigen Voraussetzungen wie hoher Arbeitslosenquote und Abwanderungsrate) brauchen gesetzliche und finanzielle Unterstützung bei der Bedarfsfeststellung und den Gestaltungsprozessen. Dafür sind Anreize notwendig, die Regionen im Ganzen betrachten und mit dem Handwerkszeug für die Bearbeitung helfen.

Wir als Jugendverband verstehen Kommunen als Initiator, Koordinator und Moderator in einem komplexen Netzwerk von AkteurInnen. Darum muss gesamtgesellschaftlicher Konsens sein, dass das Wohnen in ländlichen Räumen nicht mit Wohnen im Park gleichzusetzen ist. Der ländliche Raum ist und bleibt Wirtschaftsraum. Daher muss die Ansiedlung von Unternehmen bzw. der Fortbestand wirtschaftlicher Aktivitäten unterstützt und weiterentwickelt werden!

Politik vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss sich grundlegend Gedanken über die Frage der Vertretung und Förderung von Kindern und Jugendlichen in einer demokratischen Gesellschaft machen. Wir brauchen differenzierte Beteiligungsmöglichkeiten, die nicht an formalen Grenzen scheitern. Dazu gehören entsprechende didaktische und methodische Instrumente. Aus dieser Sicht ist auch über die Frage des Wahlalters neu nachzudenken.

... durch die Förderung von Beteiligung und Engagement

Engagement von Kindern und Jugendlichen für Veränderungen findet nur dann statt, wenn Beteiligung als Teilhabe an echten Entscheidungen verstanden wird und Erfolge sichtbar werden. Aber sie darf sich nicht auf originär jungen Menschen zugeschriebenen Dinge – wie Jugendtreffpunkt oder Bolzplatzgestaltung beschränken. Daher sind junge Menschen frühzeitig mit tatsächlichen, weitreichenden Entscheidungskompetenzen auszustatten. Dazu gehört auch, den Umgang mit beteiligungsorientierten Verfahren zu vermitteln und zu begleiten. Um spezifische Lösungen zu ermöglichen, sind Ausnahmetatbestände bzw. Öffnungsklauseln notwendig.

Wir sehen Unternehmen und Politik in den ländlichen Räumen im intensiven Dialog mit den BürgerInnen der Kommunen, um Konsens über die Rahmenbedingungen für aktuelle und künftige Planungen herzustellen. Regionalentwicklung sollte mit breiter Beteiligung ähnlich wie Jugendhilfeplanung gesetzlich verankert werden.

Lebendige Dörfer brauchen junge Menschen und Gemeinschaften, die anpacken, initiieren und begeistern können. Für ihr Engagement nutzen und brauchen junge

Menschen den Zugang zu neuen Medien. Daher ist der schnelle und flächendeckende Breitbandausbau mit hoher Übertragungsrage insbesondere in peripheren ländlichen Gebieten dringend geboten – selbstverständlich auch für gesundheitliche Grundversorgung, ökonomische Entwicklung, Bildungsangebote, Telearbeit u. a.

Mobilität muss generell für unterschiedliche Altersgruppen neu gedacht werden – auch im Kontext von Beteiligung und Engagement: Nur wer sich bewegt bzw. bewegen kann, kann sich beteiligen und (mit)gestalten. Dazu gehört für uns bei besonderer struktureller Problemlage die vereinfachte Möglichkeit, den PKW-Führerschein mit 16 Jahren zu erlangen und auch nutzen zu können.

Ebenso müssen Ausbildungsgänge z. B. der Verwaltungswirtschaft und -wissenschaft oder Politikwissenschaft dem derzeitigen Wandlungsprozess Rechnung tragen, um das Selbstverständnis von kommunalpolitischen und verwaltungstechnischen EntscheidungsträgerInnen entsprechend zu sensibilisieren. Dazu müssen Methoden und Ansätze zur Beteiligung und verbesserter Kommunikation mit Jugendlichen und BürgerInnen gehören. Generell muss Regionalentwicklung als Querschnittsaufgabe, die in einem interdisziplinären Team vorangetragen wird, verstanden werden.

Jegliche Ausbildungen und deren Inhalte sollten bundesweit durchweg so gestaltet sein, dass eine Rückkehr in die ländlichen Räume nicht an unterschiedlich Gelerntem der einzelnen (Fach-, Berufs-, Hoch-) Schulen scheitert. Hier muss bereits bei der Ausgestaltung von Lehrplänen der einzelnen Schulformen angesetzt werden. Ausbildungsmöglichkeiten und entsprechende Kooperationen zu künftigen Arbeitgebern sollten insbesondere im ländlichen Raum gefördert werden.

Jugendarbeit erhalten und Lebensperspektiven für Jugendliche entwickeln

Klar ist, dass demografische Entwicklungen nicht zu sozialem Druck auf den einzelnen Jugendlichen führen dürfen, wenn beispielsweise nur noch elf Jugendliche im Dorf sind und der Fußballverein seine Juniormannschaft schwinden sieht. Die gesellschaftlichen Veränderungen führten im ländlichen Raum bereits dazu, dass jugendkulturelle Selbstständigkeit begrenzter ist und Interaktionserfahrungen mit Gleichaltrigen abnehmen. Jugendarbeit muss daher ihre Angebotsstruktur an den Bedürfnissen und Interessen der Kinder und Jugendlichen ausrichten.

Dem „kurzfristigen Kämmerer-Reflex“ zur Konsolidierung von Haushalten, der auf Orts-, Landes- und Bundesebene im Bereich der Förderung von Jugendarbeit anzutreffen ist, müssen rationale Überlegungen und Abwägungen zur langfristigen Entwicklung der ländlichen Räume und zur Zukunftsfähigkeit entgegen gestellt werden. Nur durch einen in der Region herbeigeführten Konsens zwischen allen

AkteurInnen aufgrund eines gemeinsamen Entwicklungs- und Planungsprozesses sind zukunftsfähige und insbesondere langfristig wirkende Entscheidungen möglich. Bei der Festlegung der Mittel muss es um den qualitativen Ausbau der Angebote und nicht um eine Pro-Kopf-Berechnung gehen. Aktuell ist bereits zum Teil die Beibehaltung der bisherigen Förderung eine Investition in die Qualität der Angebote. Dennoch sollte die Finanzierung an die Inflationsrate gekoppelt werden.

Aus unserer Sicht muss die Zentralisierung von Jugendarbeit und ihrer Angebote aus Sparsperspektive die Kosten für die zusätzliche Mobilität ihrer NutzerInnen einbeziehen. Keine Lösung ist es, diese den BürgerInnen oder Jugendlichen allein zu überlassen. Die Abnahme der Zahl von Jugendlichen ist vor allem auch die Chance bestehende Angebote der Jugendarbeit finanziell bedarfsgerecht auszustatten und dadurch die Qualität der Angebote zu stärken. Daher ist die erhöhte Mobilität gesondert zu betrachten und finanziell zu unterfüttern.

Zugleich muss die Vereinfachung der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln des Bundes und der EU politisch und fachlich vorangetrieben werden. Diese Diskussion ist an anderer Stelle zu intensivieren. Allerdings erschweren bürokratische Hürden die Beantragung kleiner Fördersummen, die Verwaltung der Mittel und den Nachweis der jeweiligen Verwendung deutlich. Das ist insbesondere für kleinere Kommunen oder Vereine mit geringen Personalkapazitäten ein großer Nachteil. Darum machen wir uns dafür stark, die Selbstverwaltungsspielräume der Kommunen zu erhöhen, Ermessensspielräume auszuschöpfen und Beantragungen und Nachweise zu vereinfachen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass Jugendarbeit, wie wir sie jetzt kennen, nicht überall so aufrechterhalten werden kann. Es wird auch Landstriche geben, in denen (neue) Kooperationen im Bereich der Jugendarbeit notwendig sind, um überhaupt Angebote für junge Menschen erhalten zu können. Dabei darf kein Konkurrenzkampf um die knappe Ressource Jugendliche entstehen. Vielmehr muss die Selbstverwaltung der Kommune auf neue Art und Weise genutzt werden, u. a. so, dass junge Menschen Zeiträume und reale Räume erhalten, um mitzugestalten. Die Idee, dass Schule nur eine begrenzte Zeit in Anspruch nehmen darf (z. B. eine begrenzte Anzahl von Schulstunden inklusive Zeit für Hausaufgaben in der Woche), ist nur eine Möglichkeit, über die nicht nur von uns nachgedacht werden sollte.

Fazit

Es ist unser aller Interesse, die künftige tragende Gruppe unserer Gesellschaft schon heute wertzuschätzen. Dazu gehört, den jungen Menschen beim Einstieg in gesellschaftliche und politische Partizipation Unterstützung anzubieten. Die Relation

der Jungen zu den Alten ist nicht mehr mit den bisherigen Strukturen vergleichbar. Daher reicht es nicht, auf das „Reindrängen“ der Jugendlichen allein zu vertrauen.

Vor allem die lokalen EntscheidungsträgerInnen – BürgermeisterInnen - dürfen bei dem Ruf "demografischer Wandel" den Kopf nicht in den Sand stecken. Die Jugend im ländlichen Raum - insbesondere die Landjugend – weiß, wie man etwas anpackt. In ihrem Landjugendalltag fangen sie klein an, nehmen die ersten Hürden und durch die ersten Aktionen und Erfahrungen entdecken sie schnell gemeinsam, wie man etwas bewegt und handelt. Die Gesellschaft muss Jugendlichen genau diese ersten Hürden, Erfahrungen und Spielräume zugestehen, sonst verlieren sie die Lust oder entwickeln nicht den Mut über die nächsten springen zu wollen.

Sebastian Schaller ist gelernter Industriemechaniker und seit April 2013 im BDL-Vorstand. Seit über 12 Jahren ist er in der Landjugend auf allen Ebenen unterwegs. Er engagierte sich zuvor von 2006 bis April 2014 im Arbeitskreis für Jugend- und Gesellschaftspolitik auf Landesebene in Bayern. Im BDL-Vorstand ist er Sprecher des Arbeitskreises „Jugend macht Politik“.

Kontakt: s.schaller@landjugend.de